

vorwärtsEXTRA

ARMUTSZEUGNIS DES BILDUNGSMINISTERS

Das schwarz-gelbe Schulgesetz zwingt Schleswig-Holsteins Schülerinnen und Schüler auf einen unsinnigen Sonderweg – und sorgt für Unmut an den Schulen.

Der achtjährige Weg zum Abitur ist bundeseinheitlicher Standard – nur nicht in Schleswig-Holstein. Dafür hat die schwarz-gelbe Koalition mit ihrem Schulgesetz gesorgt. „Das neunjährige Gymnasium (G9) ist ein schleswig-holsteinischer Sonderweg,“ kritisiert Henning Höppner, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. Selbst innerhalb Schleswig-Holsteins findet das Modell wenig Anklang: Nur zehn oder elf der 100 Gymnasien des Landes machen mit.

Der Elternwunsch, den Weg zum Abitur für ihr Kind mit weniger Leistungs- und Zeitdruck möglich zu machen, sei verständlich, gibt Henning Höppner zu. Unterschiede zum G8-Bildungsgang bestünden aber nur in der Mittelstufe, die in drei (G8) oder in vier Schuljahren (G9) absolviert wird. Daher sei auch der so oft gewählte Begriff „Turbo-Abitur“ irreführend. Die Oberstufen an G8-, G9-Gymnasien und Gemeinschaftsschulen sind identisch und damit auch die zeitliche Belastung der Schülerinnen und Schüler.

Wie organisiert man nun das Nebeneinander von G8

und G9, insbesondere wenn es innerhalb einer Schule angeboten werden soll? Wie sehen die Aufnahmekriterien aus? Ein Erlass wurde schnell wieder einkassiert. Martin Habersaat, SPD-Landtagsabgeordneter: „Ein Psycho-Er-



Henning Höppner befürchtet Chaos an den Schulen.

lass. Eltern sollten ein ärztliches Attest vorlegen, dass ihr Kind etwas langsamer ist als andere, damit es auf das G9-Gymnasium darf.“

Bildungsminister Ekkehard Klug (FDP) wollte eigentlich schon am 23. Februar ein Einvernehmen mit den Schulträgern erzielt haben. Die protestierten wegen der engen Fristsetzung. Der Minister wusste in der Sondersitzung des Bildungsausschusses am 15. Februar

auch noch nicht, wie denn der neue Aufnahmeerlass aussehen soll.

„Der Landtag und die Landesregierung haben einen Verfassungsauftrag, für gleichmäßige Lebens- und auch Schulverhältnisse im Lande zu sorgen“, erläutert Henning Höppner. „Ein Schulgesetz darf nicht zu einem Katalog von Optionen und Sonderregelungen werden. Dieses muss der Maßstab für alle zukünftigen Landesregierungen sein.“ Was macht man politisch, wenn unsinnige Sonderwege und regionale Zufälligkeiten zu einer Ungleichbehandlung von Schülerinnen, Schülern und Eltern führen? Im Sinne des bürgerlichen Rechts: Verträge einhalten aber auslaufen lassen, kündigt der Parlamentarier an.

Der Weg zum Abitur in Schleswig-Holstein hat sich mit dem Schulgesetzes von 2007 deutlich verändert. Neben den Gymnasien gibt es jetzt 134 Gemeinschaftsschulen, in denen auch auf gymnasialer Anforderungsebene unterrichtet wird. Das Abitur erreicht man hier nach neun Jahren. Ein größeres Angebot, das Abitur in unserem Lande zu erreichen, gab es noch nie.

Neues vom Mitgliederentscheid

Der Mitgliederentscheid über die Spitzenkandidatur für die nächste Landtagswahl hat seine erste Etappe absolviert. Wenn diese Ausgabe des Vorwärts erscheint, am 26. Februar, wird der erste Wahlgang ausgezählt.

Die Ergebnisse werden unmittelbar nach der Auszählung im Internet veröffentlicht:

www.spd-sh.de

Auch Tagespresse, Funk und Fernsehen werden in Ihren Landesausgaben berichten.

Am 26. Februar entscheidet sich auch, ob ein zweiter Wahlgang nötig wird. Wenn im ersten Wahlgang keine Bewerberin/kein Bewerber die absolute Mehrheit erzielt, soll eine Stichwahl zwischen den beiden Bestplatzierten durchgeführt werden. Der zweite Wahlgang wird dann am 26. März ausgezählt.

„Mit unserem Mitgliederentscheid haben wir ein kräftiges Zeichen gegen Parteien- und Politikverdrossenheit gesetzt“, stellt die stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Bettina Hagedorn fest. ■

ERFOLGREICHE AUSBILDUNG



Doppelter Grund zum Jubeln in der SPD-Landesgeschäftsstelle. Sabrina Borchert und David Siedke haben ihre Abschlussprüfungen bestanden – nach zweieinhalb Jahren Ausbildung und mit sehr guten Ergebnissen. Ausbilde-

rin Nina Thielscher belohnte die frischgebackenen Veranstaltungskaufleute mit einer kleinen Überraschungsparty. Beide haben Anschlussverträge erhalten und können im anstehenden Landtagswahlkampf weitere Berufserfahrung sammeln. ■

VIERZEHNTER
POLITISCHER ASCHERMITTWOCH
IN NORDDEUTSCHLAND.

MIT ANDREA YPSILANTI.

„TONHALLE“ MARNE
9. MÄRZ 2011, 18.30 UHR

LEIHARBEIT: MISSBRAUCH STOPPEN!

DGB-Nord und SPD-Bundestagsabgeordnete präsentieren gemeinsames Positionspapier.

Die Zahl der Leiharbeitsverhältnisse nimmt rasant zu. In Schleswig-Holstein stieg die Zahl innerhalb eines Jahres um fast ein Viertel von 12388 Beschäftigten im Oktober 2009 auf 15200 im Oktober 2010. Anstatt Auftragsspitzen kurzfristig durch den Einsatz

von Leiharbeitnehmern abzufedern, nutzen viele Firmen das Instrument, um Stammbeschaften sukzessive abzubauen. Tariffucht und Lohndumping sind die Folge. Dies ist ein Missbrauch der Leiharbeit, der nach Ansicht der schleswig-holsteinischen SPD-Bundestagsabgeordneten dringend beendet werden muss. Gemeinsam mit dem Vorsitzenden des DGB Nord, Uwe Polkaehn, haben sie einen detaillierten Forderungskatalog erstellt, der jetzt in Berlin der Öffentlichkeit präsentiert wurde.

Eine der Forderungen: Ein Mindestlohn für die Leihar-

beitsbranche! „Es kann nicht sein, dass Leiharbeiter so niedrige Löhne bekommen, dass sie zusätzlich Hartz-IV-Leistungen beantragen müssen. Das ist steuerfinanziertes Lohndumping“, sagt Gabriele Hiller-Ohm, SPD-Bundestagsabgeordnete aus Lübeck und Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales.

Die SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein spricht sich außerdem für gleiche Bezahlung von Leiharbeitern und Stammbeschaften aus. „Wir wollen gleichen Lohn für gleiche Arbeit von Anfang an“, so Landesgrup-



Gabriele Hiller-Ohm, Uwe Polkaehn und Ernst Dieter Rossmann.

pensprecher Ernst Dieter Rossmann. Mehr als die Hälfte aller Leiharbeitsverhältnisse ist kürzer als drei Monate. Diese Gruppe würde von den Vorschlägen der Regierungskoalition, die in den gescheiterten Vermittlungsverhandlungen ein Equal Pay nach sechs, neun oder zwölf Monaten angeboten hatte, nicht profitieren.

Einer aktuellen Studie des DGB zu Folge verdienen Leiharbeitskräfte im Vergleich zu Vollzeitkräften im Schnitt nur gut die Hälfte. „Dem Lohndumping und dem Unterlaufen von Tarifverträgen durch Leiharbeit muss endlich durch eine gesetzliche Regelung ein Riegel vorgeschoben werden“, fordert DGB-Nord-Vorsitzender Uwe Polkaehn.

Um den Missbrauch von Leiharbeit zu stoppen, ist es außerdem notwendig, die

maximale Verleihzeit grundsätzlich auf ein Jahr zu begrenzen. „Wenn ein Betrieb einen Leiharbeiter darüber hinaus benötigt, kann man mit Fug und Recht von einem dauerhaft bestehenden Bedarf ausgehen. In diesem Fall ist eine Festanstellung angemessen“, so Hiller-Ohm.

Viel Zeit, die Situation der Leiharbeiter zu verbessern, hat die Regierung nicht mehr. Ab dem 1. Mai 2011 gilt die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit in ganz Europa. „Wir müssen davon ausgehen, dass Leiharbeitsfirmen aus Ländern mit niedrigerem Lohnniveau dann in Deutschland eine weitere Lohndumpingspirale in Bewegung setzen. Das muss verhindert werden. Wir fordern die Regierung daher auf, sich dieses Problems umgehend anzunehmen“, fordert Ernst Dieter Rossmann. ■

HEINZ-WERNER ARENS

30. 8. 1939 – 2. 2. 2011

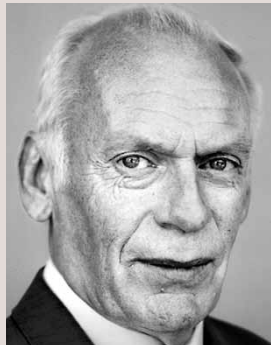
Am 2. Februar ist Heinz-Werner Arens nach schwerer Krankheit gestorben. Die Sozialdemokratie und unser Land Schleswig-Holstein verlieren mit ihm einen Politiker, der viel bewegt hat.

Nachdem er 1979 in den Landtag kam, widmete er sich zunächst der Wirtschafts- und Finanzpolitik, ehe er sich nach der nächsten Wahl seinem eigentlichen Schwerpunkt zuwandte: der Bildungspolitik. Wer liest, was Heinz-Werner schon vor 40 Jahren zur Bildungspolitik sagte und schrieb, findet Forderungen, die erstaunlich aktuell klingen: Mitbestimmung, längeres gemeinsames Lernen, wirkliche Chancengleichheit, Integration und Förderung statt Auslese. Schon damals hob er die Bedeutung des lebenslangen Lernens angesichts der sich wandelnden beruflichen und gesellschaftlichen Anforderungen hervor. Dies blieb für Heinz-Werner stets die politische Herzensangelegenheit.

Heinz-Werner Arens war einer der Architekten jener Politik, die die SPD nach 38-jähriger Oppositionszeit und der Regierungsübernahme 1988 mit Björn Engholm an der Spitze verfolgt hat. Stell Dir vor, wir hätten eine Landesregierung, die den Menschen zuhört, das war das Credo.

Als parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion konnte Heinz-Werner ab 1988 die Umsetzung seiner Ideen aktiv weiter vorantreiben – zum Beispiel die Arbeit für eine neue Landesverfassung.

1993 fiel ihm eine sehr schwierige Aufgabe zu: der Vorsitz im 2. Parlamentarischen



Untersuchungsausschuss, der sich mit den Geschehnissen rund um die Wahl 1987 ein weiteres Mal zu befassen hatte. Diese Aufgabe hat Heinz-Werner akribisch und mit der ihm eigenen Hartnäckigkeit wahrgenommen. Seine Schlussfolgerungen wurden von der damaligen Mehrheit der Fraktion nicht geteilt. Ihm war zweifellos

bewusst, wie schwierig die Situation für alle Beteiligten damals war.

1996 wurde Heinz-Werner Arens zum Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages gewählt – ein Amt, das er mit genau der Leidenschaft führte, die seine Arbeit prägte. Streng und effektiv und doch oft kurzweilig und humorvoll führte er durch die Parlamentstagungen. Seine damals nicht unumstrittene Entscheidung, die Wehrmachtsausstellung in den Landtag zu holen, bezeugt sein waches Geschichtsbewusstsein und sein Wissen um die Bedeutung der Demokratie.

Als er nicht mehr im Parlament war, hat er sein politisches Wirken auf eine andere Ebene verlagert. Er hat unter anderem als Landesvorsitzender im Weißen Ring und in vielen anderen Bereichen seine Erfahrung, seine politischen Überzeugungen und seine große Stärke des Zuhörens eingebracht.

Mit Heinz-Werner Arens verliert die SPD einen gradlinigen, streitbaren, unbeugsamen und politischen Menschen, der sich auf die unterschiedlichste Weise für mehr Solidarität in der Gesellschaft einsetzte. Die SPD wird sein Andenken in Ehren halten.

Ralf Stegner

PRAXISTAGE PFLEGE

Die Termine der SPD-Bundestagsabgeordneten aus Schleswig-Holstein.

Abgeordnete/r Termin	Praktikum	Abendveranstaltung
Bettina Hagedorn ■ 2. März	8-15 Uhr: AWO-Pflegeheim, Lensahn	19 Uhr: Haus der Begegnung, Schützenplatz, Lensahn, mit Birte Pauls (MdL)
Gabriele Hiller-Ohm ■ 2. März	10-15 Uhr: Alten- und Pflegeheim Haus Simeon, Lübeck	19 Uhr: Alten- und Pflegeheim Haus Simeon, Lübeck mit Wolfgang Baasch (MdL), Sven Schindler (Senator für Gesundheit)
Sönke Rix ■ 1. März	6-14 Uhr: Kreissenorenheim Eckernförde	19 Uhr: Alte Schiffsgalerie, Flensburger Str. 17, Kappeln, mit Birte Pauls (MdL)
Ernst Dieter Rossmann ■ 3. März	12-17 Uhr: AWO-Wohnpflege, Tornesch	17.30 Uhr: AWO-Wohnpflege, Friedrichstr. 2-4, Tornesch mit Andreas Hering, ASG-Landesvorsitzender
Franz Thönnies ■ 2. März	9-12 Uhr: Arztpraxis Norderstedt, 13.30-16 Uhr: Alten- und Pflegeheim Scheel, Norderstedt	19.30 Uhr: Sozialkaufhaus Bad Segeberg, mit Dr. Edgar Franke (MdB)

PERSONALIEN

■ Hannes Birke (Foto) bleibt Vorsitzender des SPD-Kreisverbands



Pinneberg. Die Delegierten des Kreisparteitags am 5. Februar in Holm bestätigten ihn mit großer Mehrheit

im Amt. Neuer stellvertretender Kreisvorsitzender ist Thomas Hölck.

■ Am 4. Februar 2011 hat Björn Engholm nach fast zehn Jahren den Vorsitz des Kulturforums an den ehemaligen Bildungsstaatssekretär Dr. Wolfgang Meyer-Hesemann (Foto) übergeben.



Seine Stellvertreter sind der kulturpolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag, Hans Müller, und die

Leiterin des Kulturbüros der Stadt Neumünster, Johanna Göb. ■

BILDUNG: DER SABOTEUR SITZT AN DER SPITZE

Die Meldungen, die aus der Spitze des schleswig-holsteinischen Bildungsministeriums fast täglich das Licht der Welt erblicken, wären gut geeignet, eine Opposition zu erfreuen. Chaos, Unfähigkeit und autistische Züge attestieren Medien, Gewerkschaften, Lehrer-, Eltern- und Schülervereine in ihren Stellungnahmen, Medienberichten und Diskussionsbeiträgen dem Minister und seinem Gefolge. Selbst wohlmeinende Beobachter kommen gemeinsam zu dem Schluss: „Klug kann's nicht.“

Doch bei aller oppositioneller Genugtuung und stillem Genuss bleibt ein fader Beigeschmack. Schließlich geht es um Bildungsstrukturen und vor allem Bildungschancen. Diese werden in Schleswig-Holstein zur Zeit leichtfertig gefährdet. „Avanti Dilettanti“ möchte man dem Minister zu rufen, aber der Wahltermin steht noch nicht fest und bis dahin kann in den Schulen noch so manches schief laufen. Die Kommunen betrachten als Schulträger bildungspolitische Veränderungen stets mit einer

höflichen Distanz. Schließlich geht es meist um hohe Investitionen, und die schleswig-holsteinischen Kommunen haben bekanntermaßen alles, außer Geld. Um bei ihnen für Akzeptanz zu sorgen, müssen bildungspolitische Konzepte überzeugen. Schule muss besser und zukunftsfähiger werden, daran zweifelt niemand. Ist dies zu erkennen, tragen die Kommunen gerne ihren Teil zum Ganzen bei.

„Längeres gemeinsames Lernen“, „Eine Schule für Alle“ oder „Bessere Bildungschancen“ sind übergeordnete Ziele, die – mit einem bildungspolitischen Gesamtkonzept hinterlegt – auch Schulträger begeistern. So war es in der Vergangenheit und so wird es nach der nächsten Landtagswahl auch wieder sein. Und was ist jetzt anders?

Die Konzeptlosigkeit macht den Unterschied aus. Wenn ich etwas erklären will, was man nicht erklären kann, verzichte ich eben lieber gleich auf den notwendigen Dialog. So verzichtete der Minister auf die vereinbarte Beteiligung der kommunalen Landes-

verbände. Diese sind noch nicht einmal über den jüngsten G8/G9-Erlass informiert worden.

Noch schlimmer: seit Sommer 2010 gab es kein Gespräch zwischen Bildungsministerium und den Kommunalverbänden. Nur aus dieser Unfähigkeit, Betroffene zu Beteiligten zu machen, lässt sich erklären, dass sich laut Erlass jetzt auch die Schulen und kommunalen Schulträger, die sich längst für G8 oder G9 entschieden haben, erneut diskutieren sehen. Dies alles mit einer Fristsetzung von 14 Tagen. Wahrscheinlich wird Klugs FDP wieder behaupten, dass sozialdemokratische Schläfer dafür verantwortlich sind. Aber Vorsicht. Chaos im Bildungsministerium: Der Saboteur sitzt an der Spitze.

Andreas Breitner, stellvertretender SPD-Landesvorsitzender



WIR GRATULIEREN IM MÄRZ

ZUM 98. GEBURTSTAG:

Vera Sauerwein, Ratzeburg
Gisela Adler, Flensburg

ZUM 96. GEBURTSTAG:

Anni Knees, Ascheberg
Hildegard Andres, Taarstedt

ZUM 94. GEBURTSTAG:

Frieda Freuer, Bordesholm
Else Döhring, Itzehoe

ZUM 93. GEBURTSTAG:

Lucia Otto, Kiel

ZUM 92. GEBURTSTAG:

Martha Genth, Brunsbüttel
Heinz Tabel, Stockelsdorf

ZUM 91. GEBURTSTAG:

Elfriede Werner, Kiel
Willi Tessensohn, Hohenwestedt

ZUM 90. GEBURTSTAG:

Erika Buhmann, Ahrensburg
Anne-Lise Fries, Flensburg

ZUM 89. GEBURTSTAG:

Waltraut Nentwig, Strande
Erich Hagen, Großhansdorf

ZUM 88. GEBURTSTAG:

Ernst Kolbeck, Sörup
Heinz Grage, Basthorst

ZUM 87. GEBURTSTAG:

Günther Oesterle, Norderstedt
Gerhard Wiechmann, Meldorf

ZUM 86. GEBURTSTAG:

Ruth Busch, Rendsburg
Heinz Weinreich, Elmshorn

ZUM 85. GEBURTSTAG:

Alfred Manz, Großhansdorf
Margarethe Müller, Flintbek

ZUM 84. GEBURTSTAG:

Ella Herrmann, Ellerau

SEMINARE

SEMINAR FÜR NEUE MITGLIEDER

in der Gustav-Heinemann-
Bildungsstätte, Bad Malente.

Inhalte: Einführung in die Geschichte der SPD, Programme, Partei- und Organisationsstrukturen, Einblicke in die Kommunalpolitik.

■ 17. bis 19. Juni 2011

Kostenbeitrag: 35 Euro, Schüler, Studenten, Arbeitslose die Hälfte.

AUFBAUSEMINAR

„ENGAGEMENT IM EHRENAMT“
Baustein 5: Politische Kampagnen organisieren

■ 11. bis 13. März 2011

Kostenbeitrag: 35 Euro, Schüler, Studenten, Arbeitslose die Hälfte.

ANMELDUNG:

Elfriede Marx
elfriede.marx@spd.de

Tel. 0431/9 06 06-26

Fax 0431/9 06 06-21

KARLFRIEDRICH BERG †

Mit tiefer Betroffenheit nehmen der Kreisverband Ostholstein sowie die Kreistagsfraktion Abschied von ihrem langjährigen Parteimitglied Dr. Karlfriedrich Berg. Innerhalb der SPD und als gestaltender Christ innerhalb der Kirche hat er in entscheidenden Funktionen gewirkt. Von 1992 bis 2003 war er Kreispräsident des Kreises Ostholstein. ■

FEHMARNBELT: NUR MIT DEN MENSCHEN

SPD-Delegation führte in Kopenhagen Gespräche über Verkehrs- und Minderheitenpolitik.

Transparenz und ständiger Dialog mit den Menschen in der Region während des gesamten Planungsverfahrens: So hat Dänemark es geschafft, für die Brücke über den Großen Belt und die Öresund-Querung Akzeptanz zu erhalten. Dies wurde in Kopenhagen in Gesprächen deutlich, die eine SPD-Delegation unter Leitung des Landes- und Fraktionsvorsitzenden Ralf Stegner geführt hat.

Die SPD wird sich intensiv für die Interessen der Region Ostholstein-Fehmarn einsetzen. Es geht darum, dass der Tourismus, von dem die Region lebt, durch den Tunnel nicht beeinträchtigt wird, sondern im Gegenteil davon profitiert – wie im übrigen auch der Arbeitsmarkt.

Der SPD-Delegation gehörten für die Landtagsfraktion Lothar Hay, Regina Poersch, Bernd Schröder und Marion Sellier an, für den Landesvorstand Birte Pauls und Stefan Bolln, darüber hinaus der Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies und der Kreisvorsitzende Ostholsteins, Lars Winter. Gesprächspartner waren der dänische Verkehrsminister Hans Christian Schmidt, Mitglieder des Verkehrsausschusses des dänischen Parlaments, und weitere Parlamentarier aus Schweden und Dänemark.

Die skandinavischen Gesprächspartner äußerten sehr hohe Erwartungen an das Projekt. Die Erfahrungen der Region Kopenhagen-Malmö mit der Öresund-Que-



Die SPD-Delegation mit dem Vizebürgermeister von Malmö, Anders Rubin (vorne rechts) und dem schwedischen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Leif Jakobson (vorne, 2. von rechts) sowie Botschafter Dr. Johann Christoph Jessen (ganz hinten) vor dessen Residenz.

rung seien durchweg positiv. Auswirkungen zeigten sich insbesondere im Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie bei der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Forschung. Malmö sei näher an Europa herangerückt, war das Fazit der Schweden, und das würde durch die feste Fehmarnbelt-Querung noch verstärkt.

Der dänische Verkehrsminister sagte zu, dass einer der Arbeitshäfen sowie ein Teil der Arbeitsplätze, die während der Realisierung entstehen, auf deutscher Seite angesiedelt werden sollten.

Unverständnis äußerten die Skandinavier über die Tatenlosigkeit der Regierungen in Kiel und Berlin, die beide nicht den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern über die berechtigten Anliegen der Region führen.

Auf deutliche Kritik stößt auch die Minderheitenpolitik der schwarz-gelben Regierungen. Man versteht in Dänemark nicht, warum die Landesregierung sich von einer jahrzehntelangen, parteiübergreifend akzeptierten Minderheitenpolitik verabschiedet hat. ■

STEINBRÜCK: DIE KRAFT DER MÄRKTE HAT TOTAL VERSAGT

Am 2. Februar war Peer Steinbrück Gast der SPD-Bundestagsabgeordneten Bettina Hagedorn in Eutin und Grömitz. Gut 500 Zuhörer folgten seinen Vorträgen zur Frage „Ist der Euro in den Gefahr?“ in zwei Veranstaltungen.

„Europa ist nicht das Problem, sondern die Lösung“,

mit diesen Worten ließ Peer Steinbrück keinen Zweifel daran, dass es keine Alternative zur Stabilisierung Europas und des Euros gebe und dass Deutschland als größter Exporteur vorrangig aus eigenem Interesse handeln müsse. Nötig sei ein europäisches Regelwerk zur Bewältigung von Staatsfinanzierungskri-

sen, bei dem vor allem die Finanztransaktionssteuer eine entscheidende Rolle spiele. Damit setzte er sich deutlich von der Linie von CDU/CSU/FDP ab. Er kritisierte die schwarz-gelbe „Bankenabgabe“ mit ihrer klaren Benachteiligung der Sparkassen, Volks- und Genossenschaftsbanken, forderte die Beteiligung von Privatgläubigern an den Folgekosten der Krise sowie künftig verbindliche Absprachen und europäische Standards bei Steuer- und Wirtschaftsfragen.

Die Krise habe gezeigt: die vermeintliche Kraft der Märkte hat total versagt – nur das gemeinsame, verantwortliche und entschlossene Handeln von Politik und Staat hat positive Wirkung gezeigt. Seinen Vortrag würzte Peer Steinbrück stets mit viel Humor und ironischen Bewertungen der aktuellen Bundesregierung. ■



Peer Steinbrück und Bettina Hagedorn diskutierten über den Euro.

TERMINE

■ 5. März, 9.30 Uhr
Ordentlicher Kreisparteitag des Kreisverbands Dithmarschen. Wöhrden, „Oldenwöhrden“.

■ 5. März
Ordentlicher Kreisparteitag des Kreisverbands Ostholstein. Lensahn, Restaurant Gildestuben.

■ 5. März, 10 Uhr
Außerordentlicher Kreisparteitag Rendsburg-Eckernförde. Rendsburg, Hohes Arsenal.

■ 12. März, 10 Uhr
Kreisparteitag Kiel zum Thema Energieversorgung. Wissenschaftszentrum Kiel.

■ 26. März, 10 Uhr
Ordentlicher Kreisparteitag Steinburg. Hohenlockstedt, „Zum Kamin“.

■ 26. März, 10.30 Uhr
Ordentliche AfA-Landeskonferenz, mit Uwe Polkaehn, Vorsitzender DGB-Nord. Eutin, Schlossterrassen.

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Landesverband Schleswig-Holstein, Kleiner Kuhberg 28-30, 24103 Kiel.

Redaktion: Dietrich Drescher, Christian Kröning (verantwortlich)
www.spd-sh.de